

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1842**

22.2.1842 (No. 52)

## Baden.

Karlsruhe, 20. Febr. Durch Höchstlandesherrliches Reskript vom 19. d. M. ist die Ständerversammlung aufgelöst worden. Dieser Akt ist zwar zunächst durch den in der Sitzung der zweiten Kammer vom 18. d. M. gefassten Beschluss hervorgerufen worden, erscheint aber überhaupt als Folge des von dieser Kammer in der Urlaubsfrage eingehaltenen Benehmens. Wir halten es darum für angemessen, die Hauptmomente jenes Streits hier kurz in's Gedächtniß zurückzurufen.

Am 22. Mai v. J. hat die zweite Kammer eine Adresse an Seine Königliche Hoheit den Großherzog beschloffen, worin sie sich über die an zwei Abgeordnete ergangene Urlaubsverweigerung beschwert und um Beseitigung der Hindernisse, die ihrem Eintritte in die Ständerversammlung entgegenstehen, gebeten hat.

Zu Erhebung einer solchen Beschwerde war die zweite Kammer nach §. 67 der Verfassungsurkunde vollkommen befugt; ihre Ansicht müßte man wohl für irrig, ihr Verfahren konnte man nicht für verfassungswidrig halten.

Der beschlossene Entwurf der Adresse ging in die erste Kammer, ohne deren Zustimmung sie nicht an den Großherzog gebracht werden konnte. Diese Kammer hat, nach ordnungsmäßiger Beratung, durch Beschluß v. 28. Juni v. J., die erhobene Beschwerde einstimmig verworfen, weil sie das Recht der Regierung, den zu Abgeordneten gewählten Staatsdienern den Urlaub zu verweigern, nach der Verfassung als begründet ansah; gleichzeitig aber hat dieselbe, eine Lücke in der Gesetzgebung hinsichtlich der rechtlichen Folgen der Urlaubsverweigerung anerkennend, eine auf genauere Normirung jenes Rechts gerichtete Motion in Beratung gezogen.

Man dürfte erwarten, daß die zweite Kammer, nachdem sie die ihr verfassungsmäßig zustehenden Mittel zu Abwehr eines vermeintlichen Unrechts erschöpft hatte, vorerst den weiteren Verlauf dieser Sache in der ersten Kammer abwarten werde; in Folge der dort erhobenen Motion ward ihr vorausichtlich Anlaß gegeben, ihre Wünsche wegen näherer Regulirung eines der Staatsgewalt unentbehrlichen Rechts geltend zu machen, dessen gänzliche Beseitigung auf dem Wege der Beschwerdeführung sich nun einmal als unausführbar darstellte.

Die zweite Kammer hat anders beschloffen. Sie ordnete über die bereits in verfassungsmäßiger Weise erledigte Beschwerde eine neue Berichterstattung und Berathung an, und fasste in Folge hiervon am 17. Juli v. J. den Beschluß: „Die Kammer, ihre Rechte für die Zukunft vermahrend, erklärt: daß sie an der im Beschlusse vom 7. und 22. Mai ausgesprochenen Rechtsüberzeugung festhalte, die Ausschließung der Abg. Nischbach und Peter vom Besuche des Landtags, als den verfassungsmäßigen Bestand der Kammer verlegend, betrachte, und neue Wahlen im 4. und im 16. Wahlbezirk, so lange deren Deputirten, stillen nicht verfassungsmäßig erledigt sind, nicht als gültig zu erkennen vermöge. Sie beklagt dabei tief, daß unter dem Zerwürfniß, welches die durch Urlaubsverweigerungen veranlaßte Unvollständigkeit der Volksvertretung hervorgerufen hat, der geordnete Gang der Landtagsgeschäfte selbst leidet; — sie findet aber ihre Beruhigung in der Ueberzeugung, daß es ihre Pflicht war, die zur Abwehr des gegen sie gerichteten Angriffs notwendigen verfassungsmäßigen Schritte zu thun, daß sie also an dem Zerwürfniß und dessen Folgen keine Schuld trage.“

Durch diesen Beschluß hat die zweite Kammer die ihr durch die Verfassung eingeräumte Stellung mißtraut und ihre gesetzlichen Befugnisse überschritten. Wenn sie, ungeachtet der entgegengegesetzten Gründe, fortwährend die Ueberzeugung hegte, daß die Regierung nicht befugt sey, ihre zu Abgeordneten gewählten Beamten an den ihnen angewiesenen Dienstposten zurückzuhalten, so mochte sie diese immerhin festhalten; eine Anmaßung aber war es, ihre Meinung als das rechtlich allein gültige Moment zu proklamiren und, wie geschehen, als „die moralische Macht des Rechts und der Wahrheit“ der übereinstimmenden Ansicht der Regierung und der ersten Kammer als „der faktischen Gewalt“ entgegen zu setzen; eine Anmaßung war es, die Regierung wiederholt der Verfassungswidrigkeit zu beschuldigen, und ihr alle Folgen des eingetretenen Zerwürfnisses zur Last zu legen.

Die Regierung mußte hiedurch nothwendig zur Berathung der Frage geführt werden, ob mit einer Kammer, deren Mehrheit einen solchen Weg eingeschlagen hatte, fernerhin verhandelt, und die Landesangelegenheiten zu einem geordneten Ende geführt werden könnten. So dringend aber auch die Auflösung geboten schien, so glaubte die Regierung, im Hinblick auf den Stand der Geschäfte und die Interessen des Landes, demungeachtet von diesem äußersten Mittel damals noch Umgang nehmen zu können. Stillschweigend durfte aber

das verfassungswidrige, die Würde der Regierung, wie der ersten Kammer verlebende Benehmen der zweiten Kammer nicht hingenommen werden.

Es erging das Manifest vom 5. August v. J., worin Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Erklärung vom 17. Juli als unbegründet und ungeeignet beklagte, zugleich aber die Hoffnung aussprach, die zweite Kammer werde bei ruhiger Erwägung eine ruhigere Ansicht gewinnen. In der That durfte sich die Regierung dem Glauben hingeben, daß die Gemüther sich während der Unterbrechung des Landtags beruhigen, manche unbegründete Befürchtungen schwinden, und wenigstens der größere Theil der Kammermitglieder, der bei andern Anlässen seine treue Anhänglichkeit an das großherzogliche Haus und die Verfassung wiederholt bewiesen hatte, der väterlichen Ermahnung des Landesherrn das Gehör nicht versagen, die Sache nicht auf's Neueste treiben, vielmehr seine Kräfte der Förderung der wahren Landesinteressen zuwenden und in Folge der indessen aus der ersten in die zweite Kammer gelangten Motion selbst zu einem Einverständnis über mehrere das Urlaubsrecht betreffende Nebenfragen mitwirken werde. Diese Hoffnung hat die Mehrheit der zweiten Kammer, von welcher die Regierung die wohlgesinnte Minderheit wohl zu unterscheiden weiß, durch den in der Sitzung vom 18. d. M. auf den Antrag des Abgeordneten v. Jhstein gefassten Beschluß getrübt; sie hat dieselbe in einem Momente zernichtet, wo die zunächst beschnittene Frage durch die unmittelbar vorausgegangene Anerkennung der neuen kenzinger Wahl die praktische Bedeutung verloren hatte. Die Kammer erklärt durch diesen Beschluß, daß sie in Folge der mangelnden Unterschrift eines verantwortlichen Ministers dem Manifeste vom 5. August verfassungsmäßige Wirksamkeit nicht beizulegen vermöge, — und im Bewußtseyn, bei den Verhandlungen über die Urlaubsfrage nach Ueberzeugung und Eid gestimmt zu haben, den gegen sie ausgesprochenen Tadel als sie nicht treffend ablehnen müsse.

Das erwähnte Manifest, das weder Gesetz noch Verordnung ist, überhaupt kein allgemeines Gebot noch Verbot enthält, konnte verfassungsmäßig so gewiß ohne Kontrafsignatur eines Ministers erlassen werden, als der Großherzog durch die Verfassung nicht gebindert ist, noch seyn kann, selbstständig Seine eigene Ansicht über die Landesangelegenheiten öffentlich zu äußern; es wurde von Sr. Königl. Hoh. ohne Kontrafsignatur erlassen, um, böswilligen Ausstreunungen gegenüber, desto entschiedener Höchstihre persönlichste Ansicht über die Urlaubsfrage auszusprechen. Es ist um so auffallender, daß dieses Manifest in der zweiten Kammer so heftig angegriffen wurde, da, selbst wenn die Beschwerde unter Zustimmung beider Kammern an den Großherzog gebracht worden wäre, es nach §. 67 der Verfassungsurkunde lediglich in Höchstihren Ermessen stand, dieselbe unter Beibehaltung Seiner Räte zurückzuweisen, oder aber sich andere Minister zu wählen. — Die in jenem Manifeste ausgesprochene Klage aber kann durch die Behauptung, nach Ueberzeugung und Eid gestimmt zu haben, nicht abgelehnt werden. Gewiß soll allen Abstimmungen nur die Ueberzeugung der Einzelnen zum Grunde liegen, und die Regierung ist weit entfernt, solcher zu nahe zu treten; allein eben so fest muß sie darauf bestehen, daß kein Abgeordneter, keine Kammer sich befugt halte, sich daraufhin über die verfassungsmäßigen Formen hinwegzusetzen. Denn wie der Verfassungseid den Abgeordneten verpflichtet, nur nach seiner innersten Ueberzeugung zu stimmen, so verbindet er ihn auch, die Verfassung in allen ihren Bestimmungen treu zu beobachten, seine Ansicht also nur durch die von der Verfassung gebilligten Mittel geltend zu machen. Uebrigens hätte die Majorität der zweiten Kammer schon durch das bloße Schicksalsgefühl abgehalten werden sollen, den wahrhaft väterlichen und wohlwollenden Ermahnungen des Großherzogs alle Wirksamkeit abzuspüren und die Regierung ohne jeden gebührenden Erfolg neuerdings der Gefährdung der Verfassung anzuliegen. Es konnte Niemand entgehen, daß hierin eine Verletzung der dem Oberhaupte des Staates von allen seinen Unterthanen gebührenden Ehrfurcht liege, und daß ein solcher Beschluß nicht ohne die ernstlichste Klage hingenommen werden dürfte. Nach diesen Vorgängen, nachdem der letzte Versuch, das äußerste Mittel abzuwenden, fehlgeschlagen, und nachdem alle noch in der Sitzung vom 19. d. von den Regierungskommissarien gesprochenen versöhnlichen Worte wirkungslos geblieben waren, erübrigte der Regierung nichts, als eine Kammer aufzulösen deren Mehrheit sich nicht weiter in den verfassungsmäßigen Formen bewegte und vergessen hatte, was sie dem Großherzog, sich selbst und dem Wohle des Landes schuldig ist. Die Regierung beklagt die Nothwendigkeit der Auflösung, weil dadurch dringende Geschäfte unterbrochen, weit vorgeschrittene Beratungen zernichtet, überhaupt wichtige Landesinteressen gefährdet und unnothige Kosten verursacht worden; sie mußte aber vor Allem das wichtigste Interesse in's Auge fassen, die Bewahrung der Ehre und Würde des Souveräns, so wie die Aufrechterhaltung der Verfassung, die verletzt ist, wenn eine Kammer sich ungehobelt über die Regierung und die andere Kammer erhebt.

## Der alte Druckerherr und seine Gehülfen.

Novelle von Karl Müller. (Fortsetzung.)

Es war am Abende desselben Tages. Im engen Kämmerlein auf hartem Bette lag Klaus Ginhorn in fieberlichem unruhigen Schlafe; seine Brust hob sich mühsam, seine Lunge arbeitete keuchend, denn so wenig gefährlich auch seine Wunde war, so hatte die Aufregung der Leidenschaft und der Verdruß unbefriedigter Rache doch dem kräftigen Jünglinge ein Wundfieber zugezogen, und des Wundarzts Rath ihn in's Bette gebannt. Auf den Straßen, in den Schenken und Junksstuben tollte noch das Volk im fröhlichen Laumel, und im kleinen Hause am Schelzthore war es gar still und ruhig, denn die Töchter waren sammt Jungfer Kunigunde und dem Vater auf der Junksstube der Goldschmiede bei'm frohen Reigen, die Gesellen genossen auswärts der Freuden des Faschings, und nur der Kranke hütete noch das Haus. Da öffnete sich gar behutsam die Thüre seiner Kammer, und herein trat vorichtig mit der Lampe in der Hand ein Mädchen. Sie blickte dem Verwundeten in das fieberglühende Gesicht, beugte sich über ihn und lauschte, seine heiße Stirne besühelnd, seinen Athemzügen. „Marie!“ röhnte der Kranke im Traume, und das Mädchen erschrad lebhaft, denn es war Marie selbst. Und als nach kurzer Frist die Augen des Kranken sich öffneten, da gedachte er noch zu träumen, denn sein Blick tauchte in den ihrigen. „Wie geht es Euch, Herr Klaus?“ fragte theil-

nehmend das Mädchen. „Ihr habt geträumt?“ — „Ja, aber mein Traum ist nicht wie anderer; denn er ist Wirklichkeit geworden; mir träumte, Ihr wäret meine Pflegerin.“ — „Und bin ich's denn nicht?“ fragte Marie; „ist's nicht meine Pflicht, Euch zu pflegen, da Ihr für mich und meinemwegen Eure Wunde empfindet?“ — „Ihr seyd also nicht zum Tanze gezogen mit dem Vater und den Andern?“ forschte der Verwundete. — „Könn't ich's denn, während Ihr um mich leidet, Herr Klaus? Könn't ich froh seyn, wenn ich weiß, daß Ihr allein seyd und verlassen?“ sprach Marie. — „Engelgutes Kind!“ flüsterete Klaus, indem er einen warmen Kuß auf die weiche Hand der Pflegerin drückte, „bin ich denn auch so vieler Güte werth?“ — „Freilich seyd Ihr's“, versicherte Marie, „aber verspricht mir, ferner nicht mehr so wild zu seyn, wie heute früh. Was braucht Ihr auch so eifersüchtig zu seyn auf den Junkherrn, den ich verachte tiefer als Ihr denkt?“ — „Zürnet Ihr mir nicht, Marie, wenn ich eifersüchtig bin?“ fragte Klaus, von süßer Ahnung durchbebt. — „Wie könn't ich das?“ hauchte Marie. — „So seyd Ihr mir wohl ein Bißchen gut?“ fragte Klaus, sich emporrichtend. — „Von ganzem Herzen!“ lautete die Antwort, und sie sträubte sich nicht, als er sie brünstig in seine Arme schloß und an sein pochendes Herz drückte. — „So wisse denn, Du gute Marie, daß ich Dich schon seit dem ersten Anblick im Herzen trage und verehere, gleich meinem Schutzengel, daß Dir zu gefallen mein einzig Streben war, und daß die Klüft, die zwischen uns Weiden lag, mich oft beinahe verzweifeln ließ

Da Seine Königliche Hoheit der Großherzog von dem Hofschießfeldern vor einigen Wochen besallenen Unwohlseyn noch nicht vollkommen hergestellt sind, so bleibt künftigen Mittwoch am 23. dieses die gewöhnliche Audienz noch ausgesetzt.

Karlruhe, den 21. Februar 1842.

Großherzogliches geheimes Kabinet.

Deutsche Bundesstaaten.

Oesterreich, Wien, 13. Febr. (Korresp.) Für Ungarn ist der Tod des Grafen Aurel Desseloff ein bedeutender Verlust. Graf Desseloff, der vor Kurzem eine Reise nach England unternommen hatte, vorzüglich in der Absicht, um seine Kenntnisse über das Gefängnißwesen zu erweitern und das aufgefundenen Nützliche und Zweckmäßige in sein Vaterland zu verpflanzen, war hervorragend unter seinen Standesgenossen durch Begabtheit und Mannigfaltigkeit des Wissens. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft hält nächstens eine Versammlung, in welcher vermuthlich das Ergebnis der Geschäfte vom verwichenen Jahre mitgetheilt werden wird.

Preußen, Berlin, 16. Febr. (Korresp.) Das Verlangen, unsern König wieder zu sehen, mußte bei seiner heute erfolgten Rückkehr aus London um so größer seyn, da man sich auch bei dieser Gelegenheit nicht von dem Gedanken trennen kann, daß die Reise eines Monarchen zu einem mächtigen Nachbar, selbst wenn sie, wie hier, durch ein freudiges Familienereigniß herbeigeführt worden ist, nicht ohne Einfluß auf den gegenseitigen Verkehr beider Staaten, selbst auf die Institutionen, und andererseits auch auf die persönlichen Ansichten und Meinungen des hohen Reisenden Einfluß üben muß. Um so gespannter sieht man der Zukunft entgegen. Erledigungen mancherlei Art haben sich seit der vierwöchentlichen Abwesenheit des Monarchen, besonders in Personalangelegenheiten gehäuft, und nicht minder sieht man auf die baldigen Entscheidungen in vielfachen, dem Staatsrathe während der Reise des Monarchen zur Begutachtung vorgelegenen Gegenstände hin. Die neuesten Nachrichten aus Königsberg, von der Hand eines hochgeachteten Staatsbeamten, sagen, daß der Staatsminister und Oberpräsident v. Schön wiederholt das Gesuch um seinen Abschied eingeleitet hat. An die Gewährung desselben knüpfen sich sodann jene bedeutenden Veränderungen in dem Personal der Central- und Provinzialadministration, die sämtlich schon in den öffentlichen Blättern vielfach angedeutet worden sind, und eine große Vermehrung noch durch den unabänderlich gefaßten Entschluß des Finanzministers, Grafen v. Alvensleben, sich gänzlich in das Privatleben zurückzuziehen, bedeutend vermehrt werden. Endlich kann auch das Interimium, welches durch die Körper- und Gemüthskrankheit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Malzan, noch fortwährt, auf diese Weise unmöglich noch länger dauern, indem dadurch auch viele längst beschlossene und wegen Ersehnungen unausweichbare Veränderungen in unserm diplomatischen Corps aufgeführt werden. Die durch den berühmten Hufeland gestiftete medizinische Gesellschaft hatte durch den Tod des geh. Medizinalrathes Djaun ihren Direktor verloren, und diesen in den letzten Tagen durch die Wahl des geh. Medizinalraths Basse ersetzt. Wie man erfährt, ist bei der Durchreise Sr. Maj. des Königs in Köln beschloffen worden, das schöne Schloß Brühl, zwei Meilen von dieser Stadt, früher ein Eigenthum des Marschalls Davoust, jetzt königl. Domäne, zum Hauptquartier bei der großen Heereschan über das 7. und 8. Armeekorps zu machen.

Tilsit, 5. Febr. Unser Landrath ist seit einiger Zeit nach Berlin abgereist, wo er über den Zustand der russischen Gränzsperrre sein Gutachten abgeben soll, da die Verhältnisse immer gespannter werden und beinahe täglich blutige Geschehnisse vorkommen. Man glaubt, unser Landrath werde die Aulegung einer Eisenbahn beantragen, damit uns nicht die russischen Transitabgaben entgegen, welche alle hier in Tilsit regulirt werden und 800,000 Thlr. betragen, mit welchem man so ziemlich das Anlagekapital verzinsen könnte. Die Verbindung der warschauer Eisenbahn mit der österröichischen nach Bocknia muß uns mit der Zeit den Verlust dieser nicht unbedeutenden Einnahme zuziehen, wenn wir nicht auf schnelle Mittel bedacht sind, diesen Verkehr unsern Provinzen zu erhalten. Auch würden wir dadurch in eine nähere Verbindung mit dem übrigen Deutschland treten, und der Westen uns vielleicht das ersehen, was uns der Osten so hartnäckig vorenthält.

Deutsche freie Städte. Frankfurt, 18. Febr. Hr. v. Radowiz, königl. preussischer Obrist und Bevollmächtigter Sr. Maj. des Königs von Preußen bei der Bundesmilitärkommission, ist von Stuttgart hier eingetroffen.

Frankfurt, 20. Februar. (Korrespondenz.) Mittheilungen aus Weimar zufolge wird Se. Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar wahrscheinlich schon Ende dieses Monats nach dem Haag abreisen und längere Zeit in der Nähe seiner hohen Verlobten, der Prinzessin Sophie der Niederlande königl. Hoh., verweilen. Die Vermählung des hohen Paares soll indessen erst in diesem Sommer stattfinden. Die Vermählung der Prin-

an mir selbst. — „Wohl weiß ich das längst,“ flüsterte Marie, „und mir ging's nicht besser, denn erst seit ich Euch kenne, lieber Klaus, weiß ich, daß ich lebe.“ „Und dennoch bleibst Du so kalt, so fremd gegen mich?“ fragte Klaus unter Kläffen. — „Wie konnt ich anders!“ versetzte Marie; „darf denn ein Mädchen zu Boden treten, was Zucht und Sitte gebieten? Durst ich Dir nur entgegenkommen, besser Mann? Und liegt nicht unendlich viel Reiz gerade in dem Geheimnisse, womit wir unsere Reizung im tiefsten Busen bergen?“ — „Großer Gott! Welch ein Thor war ich, Dir zu zürnen, als ich Dich heute im Arm des Junkers sah,“ sprach Klaus. — „Sprich nicht mehr von dem,“ bat Marie; „meine Freundin, die treulose, war Schuld an der ganzen Geschichte; sie wollte dem Wüstling, der mich schon lange verfolgt, Gelegenheit geben, mich zu sehen, darum lud sie mich alle in zu sich, und war nicht wenig überrascht, als ich Käthchen mit mir brachte; kaum daß wir da waren, erschien auch der Junker Palm, und verfolgte mich unablässig mit seinen Zudringlichkeiten, denen ich nur durch Dein Erscheinen entging.“ — „Ha, der Schurke!“ rief Klaus, an das Schwert schlagend, das über seinem Bette hing, „hätt ich diesen Stahl da zur Seite gehabt, der Bube wäre jetzt in der Hölle.“ — „Du aber lägest im tiefsten Thurne,“ ergänzte Marie; „schau, ist es nicht besser so, als wenn Du ihn erschlagen hättest und wärest dadurch dem Gesetze verfallen; o ich hätt' es nicht überlebt; drum gelobe mir, Du Lieber, daß Du Dich nicht fürder rächest an dem Glenden, den ich habe wie die Sünde, sondern

reißn Morie von Nassau Durchl. mit Sr. Durchl. dem Fürsten von Wied-Neuwied wird wahrscheinlich auch erst in einigen Monaten statt finden, doch soll erfreulicherweise die Wiedergenehung des hohen Bräutigams, der fortwährend in Wiesbaden verweilt, nun raschere Fortschritte machen. — Se. Durchl. der Landgraf von Hessen-Homburg hat sich auch wieder ganz von seinem letztem Unwohlseyn erholt und besucht öfters unsere Stadt. Der Mangel eines positiven Totals dürfte die Ursache seyn, daß Se. Durchl. als Gouverneur von Mainz in dieser Bundesfestung keinen längern Aufenthalt nimmt. — Unsere Ostermesse beginnt diesmal schon am 16. März, was sehr frühe ist und der Messe keinen Vortheil bringen kann. Unter den jetzigen steigenden Handelsverhältnissen ist ohnedies kein reger Meßverkehr zu erwarten. — In der heutigen Effektensozietät war der Umsatz nicht sehr belebt, auch erfuhren die Fonds keine wesentliche Veränderung. Lannsbahnaktien stiegen aber durch anhaltende Einkäufe auf 390 1/2 fl. (140 1/2 fl. Agio.)

Hamburg, 18. Febr. (Korresp.) Der Anschluß unserer Stadt an den Zollverein und die Bedingungen, unter denen er geschehen könne und dürfe, ist in neuerer Zeit, und namentlich seit Rumohr's bekanntem Aussage über diese Frage in der „Preuß. Staatsztg.“ zum Gegenstande der Debatte in den vaterstädtischen Blättern geworden. Ich habe immer behauptet, daß Hamburg sich unter gewissen Modifikationen anschließen müsse an den großen Verein, der das 1806 gelbste Band der einzelnen deutschen Länder auf andere Weise wieder zu schürzen im Stande zu seyn scheint, und ich bin noch immer derselben Ansicht. So lange aber Holstein, Hannover und Mecklenburg nicht inorporirt sind, darf die Hansestadt unter keiner Bedingung sich aus ihrer jetzigen Lage hinausbegeben. Aber welche Modifikationen, wird man mich fragen, wird Hamburg in Anspruch nehmen müssen? Ich glaube hier einmal eine Bemerkung anbringen zu dürfen, die unbegreiflicher Weise noch nirgends gemacht ist. Wenn man, und das thut namentlich Rumohr, die Stadt Hamburg zum Freihafen machen, und die Zollstätten vor die Thore legen will, denkt man dann nicht an das allzunahel Altona? Alle, die unsere Verhältnisse kennen, stimmen mir darin bei, daß es höchst unpraktisch wäre von Hamburg, beizutreten, ehe Holstein und Hannover wenigstens sich an den Verein angeschlossen. Wenn nun sich aber Holstein anschließen muß, um Hamburg ein Gleiches möglich zu machen, so muß man mit der größten Bestimmtheit es voraussetzen, daß Holstein für Altona dasselbe fordern wird, was Hamburg für sich fordert. Hamburg und Altona stehen in merkantilischer Rücksicht gleichsam in einem Sozietätsverhältnisse, in welchem Hamburg den Namen und das größte Kapital gibt. Statt daß jene Stadt, vor den Thoren Hamburgs gebaut, mit unbeschränkter Religionsfreiheit begabt, um reiche Nichtstatholiken anzuziehen und der Stadt Karls des Großen denaraus zu machen, auf feindseligem Wege sich zur nordischen Hauptseehandelsstadt erheben sollte, hat sie sich mit der starken Nachbarin vereinigt, hat deren Bank, sich unterworfen, an deren Börse sich gestellt und Hand in Hand mit ihr gemeinschaftlich seit Jahrhunderten gehandelt. Sollte es nun denkbar seyn, daß Holsteins Herzog es genehmigen würde, seinen Theil an dem Welthandel in Fesseln legen und den Hamburgs frei zu lassen. Ich müßte mich sehr irren, wenn nicht als eine Bedingung beim Anschlusse Holsteins die Freiheit Altona's figurirte. Damit fällt denn aber auch das sonst nicht able Projekt Rumohr's über den Haufen. Aber bemächtigt man sich seiner Idee und wendet sie auf Hamburg und Altona als ein Ganzes an, und zieht um beide Städte einen Halbkreis von Zollstellen, so möchte sich es zeigen lassen, daß so der gesuchte Ausweg gefunden ist, auf welchem die Absicht des Zollvereins und die Interessen der Städte gleich vollständig gewahrt werden dürften. Depots, Docks sind gefordert und müssen von Hamburg gefordert werden. Unser Handel theilt sich nämlich hauptsächlich in den Export deutscher Erzeugnisse und den Import fremder. Für jenen bedürfte es offenbar keiner Freiheit vom Zoll; für diesen, wäre der Abfahweg bloß in die Vereinländer hinein, auch nicht, aber wir versorgen den Norden, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Plesland und der dahn sehr ergiebige Handel mit Produkten Frankreichs, Englands und der überseeischen Länder würde durch einen Anschluß ohne Docks erschwert werden, auch wenn Rückzölle eingeführt und sonstige Erleichterungen für diesen Zweig zugesagt werden würden. Angenommen nun, die Zolllinie ginge um die beiden Städte, so ist die Last beseitigt und keine Gefahr vorhanden, den nordischen Handel nach Dänemark wandern zu sehen. Die Städte selbst wären dann die Docks und die Zolllinie auf der hamburgischen Seite sehr leicht zu ziehen. Sie müßte von der Elbe beim billwärdter Deich beginnen, über die Landwehr bis an die Alster, von Eppendorf bis nach Lockstädt, hinter Gimbsbüttel fort bis nach Altenstädten gezogen werden, und so also die Städte, die jetzige Vorstadt Hamburgs, St. Georg, die aber sehr bald zur Stadt gezogen werden wird, St. Pauli und die Gegenden, die den Bewohnern der Stadt hauptsächlich zum Sommeraufenthalt dienen, umschließen. Dieser weitere Umkreis würde sich empfehlen durch die meist schon vorhandene Linie, wo zum Theil Wassergräben als Gränzen genommen werden können, und dann durch die dadurch entstehende Vertiefung der Schmutzgräben, die lägen die Zollstätten an den Thoren, offenbar in's Unendliche gehen und nicht ohne die strengste, bei der großen Passage unmögliche Kontrolle verhätet werden würde. Ich bin überzeugt, daß sich gegen einen Anschluß dieser Art in Hamburg und Altona keine Opposition vernehmen lassen wird.

Großherzogthum Hessen. Darmstadt, 17. Febr. Sämtlichen hiesigen definitiv angestellten Staatsdienern ist eröffnet worden, daß Se. H. der Großherzog wünsche, ihre persönliche Bekanntschaft zu machen, und daß sie

daß Du ihn seinem Schicksal und seiner Schande überlassst. Erst Haus kehrt allhier in größerem Ansehen, als der Erbärmliche verdient, und sie möchten Dir Alle übel mitspielen. Gelt, Du verspricht, ihn auszuweichen und Dich nie an ihm zu rächen?“ — „Gerne gelob' ich das,“ entgegnete Klaus, „ihm dank' ich's ja, daß ich meines feinen Liebchens Herz jetzt erfunden, daß ich weiß, wie hoch ich beglückt bin; Du liebst mich also recht von Herzen?“ — „Von ganzer Seele, und mehr als mich selbst, ja ich liebe Dich fast mehr als ich meine Mutter lieben würde. Aber was hilft's?“ setzte sie seufzend hinzu, „der harte Vater wird mich und Dir zürnen, so er unsere Liebe inne wird.“ — „Laß ihn immerhin zürnen,“ tröstete Klaus, „von Deiner Liebe beseligt, hoff ich mich auch gar mit meinem Vater wieder auszuföhnen und mir eine sichere Stätte zu gründen. Weibe nur mein.“ — „Auf ewig!“ betheuerte Marie, indem sie dem Tröster den Mund mit Küffen schloß.

(Fortsetzung folgt.)

Verschiedenes.

(Ein Beitrag zur Textverbesserung der Schiller'schen Werke.) Es ist betrübend zu bemerken, daß der Text der Werke Schiller's, des gelehrten Nationaldichters der Deutschen, sich noch in den neuesten Ausgaben in einem vielfach fehlerhaften Zustande befindet, und daß die Gotta'sche Buchhandlung neben der eleganten äußeren Ausstattung nicht auch für die Richtigkeit gesorgt hat. Wir wollen einige Beispiele anführen, um unsern Lesern und Leserinnen Gelegenheit zu geben, ihre Handemplare der Werke ihres Lieblings von

sch demnach, zum Zwecke einer Audienz, bei dem Frh'n. v. Stojch, als Oberhofmeister Sr. H. des Erbgroßherzogs zu melden hätten. Dabei fand die mündliche Bedeutung statt, daß man sich wohl zu jener Audienz in Uniform und Degen einzufinden hätte. Manche, namentlich untergeordnete Staatsdiener, hatten eine Uniform bis jetzt noch nicht angeschafft, werden wohl aber jetzt dazu schreiten müssen. (S. M.)

Hannover. In der Sitzung der zweiten Kammer der Ständeversammlung vom 14. Febr. wurde in zweiter Debatte über das Schreiben vom 5. Febr. ein Antrag, von Sr. Maj. die Bitte zu richten, durch alle zu Gebot stehenden Mittel beim deutschen Bunde dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine Reduktion der stehenden Heeresmacht im Gesamtwaterlande eintrete, und diesem die Segnungen des Friedens in allem Maße zu Theil werden, abgelehnt, weil derselbe leicht zu Mißverständnissen führen könne, und der frühere Beschluß, Verweisung des königlichen Schreibens an die Finanzkommission, mit 41 gegen 40 Stimmen wiederholt. (S. 3.)

Sachsen. Leipzig, 16. Febr. Gestern Abend hat hier zwischen zwei Studierenden ein Duell stattgefunden, welches für den einen derselben in dieser Nacht einen tödtlichen Ausgang genommen. Gleich im ersten Gange war nämlich bei einer parierten Quart der Schläger des einen Duellanten gesprungen und in Folge dieses die Spitze desselben so tief in Brust und Lunge des Gegners eingedrungen, daß die sofort herbeigerufenen Aerzte die Wunde für tödtlich erklärten. Sämmtliche Theilhaber sind verhaftet. (L. A. 3.)

Dresden, 14. Febr. Der Erbprinz von Sachsen-Koburg-Gotha wird nun wohl bald seine Stellung im sächs. Militär aufgeben und Dresden verlassen, da seine Vermählung mit der Prinzessin Alexandrine von Baden nicht zu fern hinaus anberaumt sein wird. Es ist ein ungewöhnliches Zusammentreffen, daß jetzt vier Erbprinzen zugleich im Stande eines Verlobten sich befinden, die von Koburg, Bayern, Weimar und Modena. — Unser trefflicher Bildhauer und Architekt, Ernst Hänel, ist nach Bonn abgereist, wo mit ihm wegen des Beethovens dort zu errichtenden Denkmals unterhandelt werden soll, da er die Anfertigung des Standbilds übernehmen will. (Fr. J.)

Belgien.

Brüssel, 15. Febr. Im „Belgen“ liest man: Das Handelsgericht von Brüssel hat einen neuen Beweis von seiner Unparteilichkeit dadurch gegeben, daß es ein von ihm gesprochenes Urtheil, welches mit Unrecht die Herren Person und Comp. schuldig erklärte hatte, zurückgenommen und den Hrn. Adau, Richter bei besagtem Gericht, auf dessen Antrag das Urtheil erklärt worden war, in die Kosten verurtheilt hat.

Frankreich. (Siehe auch Veil.)

Strasburg, 20. Febr. (Korresp.) Die Genehmigung durch den Ministerrath der direkten Eisenbahn von Paris nach unserer Stadt hat hier um so größere Freude erregt, als sie wirklich unerwartet kam und die Hoffnungen bereits sehr herabgesunken waren. Man zweifelt hier nicht an der Genehmigung durch die Kammer, und hofft, die ganze Bahnstrecke in zwei Jahren vollendet zu sehen. — Auch hier ist man sehr gespannt auf das unter der Presse sich befindliche Werk des Vicomte d'Arincourt, da es hauptsächlich Deutschland und seine Verhältnisse betrifft. Alles, was Deutschland betrifft, wird hier mit Aufmerksamkeit betrachtet; in Aller Munde ruht ein jetzt den Meisten noch unerklärliches Erwas, das uns ahnen läßt, wie werden in nicht sehr ferne Zukunft wieder in nähere Beziehung zu unsern Stammesbrüdern jenseits des Rheins kommen.

Großbritannien.

London, 13. Febr. Ein Schreiben aus Paris in der heutigen „Times“ sagt in Besprechung der Hiosoposten aus Indien: „Sie werden in England die Bewegungen in Indien russische Einwirkung zuschreiben und werden da ein gewisses Recht haben. Aber weit mehr noch haben Sie jene Bewegung den geheimen Antrieben der Franzosen, Allard's insbesondere, obwohl er nun todt, beizumessen.“ Dem Sprecher (Präsidenten) des Unterhauses ist bereits eine Eingabe der reformistischen Wähler Dublin's gegen die dortige Erwählung des torpistischen Bewerbers Hrn. Gregory, welcher — wie die Beschwerdeführer behaupten — durch unrechtlche Mittel über den vorgeschlagenen whigistischen Kandidaten, Lord Morpeth, obgesiegt haben soll, übergeben worden.

London, 16. Febr. Oppositionsblätter berichten: Nach heute eingetroffenen Nachrichten ist Sir R. Peel vorgestern Nachmittag zu Leicester von der arbeitenden Bevölkerung unter lauten Verwünschungen auf dem Markt im Bilde verbrannt worden. Eine zahlreiche Versammlung fand hierauf statt, worin die heftigsten Reden gehalten und die ministeriellen Königseckvorschlüge auf's Entschiedenste verdammt wurden. Eine Versammlung der Einwohner auf offenem Markte sollte folgen, und eine Petition an die Königin um Entlassung ihres Ministeriums angenommen werden. Die Aufregung war eben so gewaltig als allgemein. — Auch zu Rochdale wurde Sir Peel's Bildniß bei Fackelschein unter dem Fluchgeschrei des Volkes verbrannt. — In Derby sind auf Vergehren der Tories, welche ihr Leben und Eigenthum bedroht glauben, Dragoner eingerückt und die Polizei ist um hundert Mann vermehrt worden. Die arbeitenden Klassen haben in großer Versammlung eine Protestation an das Unterhaus gegen die Vorschläge Sir R. Peel's genehmigt, und mit mehr als 6000 Unterschriften bedeckt.

\*) Wir können jetzt unsern Lesern die Versicherung ertheilen, daß in süddeutschem Verlage eine im Einverständniß mit dem Herrn Verfasser nach dem Korrekturbogen bearbeitete Uebersetzung erscheinen wird. Red. v. Karler. 3tg.

London, 16. Febr. (Korresp.) Die Verhandlung über den Entwurf Sir Robert Peel's oder vielmehr über den Antrag Lord John Russell's ist noch nicht beendet und wird heute Abend in der Kammer der Gemeinen fortgesetzt. — Man ist fortwährend der Hoffnung, daß durch die Reise Lord Ashburton's nach Nordamerika die Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten beigelegt werden wird. — Einige unserer Tagesblätter glauben immer noch an eine Theilnahme des französischen Kabinet's hinsichtlich der neuen Aufstandsversuche in Portugal.

London, 16. Febr. Der ministerielle „Gerald“ bemerkt, die in der vorgestrigen Oberhausitzung von den Lords Brougham, Denman und Campbell [gewichtige oder hochstehende juristische Autoritäten] über die Angelegenheit der „Creole“ [s. R. 3. vom 20. Febr. \* London] habe ihn durchaus befriedigt; die von der Regierung, laut der von Lord Aberdeen in jener Sitzung abgegebenen Erklärung, befolgte Verfahrensweise werde dem Lande recht seyn, wenn sie auch nicht im Einklang mit der Meinung einiger Blätter sey, welche auf die willkürlichste und das gewaltigste Aufheben machende Art ein Gesetz auslegen gewollt, das sie besser hätten prüfen sollen.

Schwiz.

Basel, 16. Febr. Die Freunde der Kunst werden auf ein in dem Lokale des Kunstvereins (in der Lesegesellschaft) aufgestelltes Bildchen von Maria Ellenrieder aufmerksam gemacht, das alle Zartheit, Anmuth und Innigkeit, wodurch sich diese Künstlerin so sehr auszeichnet, in sich vereinigt, und überhaupt zu dem Delikatesten gehört, was man sehen kann. (W. 3.)

Spanien.

Madrid, 11. Febr. (Korresp.) Heute ist nun auch der 7. Abschnitt der Adresse angenommen worden; es ist darin von materiellen Fortschritten die Rede. — Briefe aus Lissabon vom 5. Febr. sind ohne bestimmten Inhalt über den Aufbruch Hr. v. Aguiar, der hierher beschieden worden war, um den Sitzungen des Senats beizuwohnen, hat Befehl erhalten, sich sofort wieder auf seinen Posten nach Lissabon zu begeben. Es heißt, Cypartero habe eine energische Note an die Regierung zu Lissabon gerichtet. — Vom 12. Febr. Die Regierung scheint nicht entschlossen, den Gesetzentwurf über die Geistlichkeit zurückzuziehen. — Man spricht hier viel von einer Ausöhnung zwischen den Christinos und Carlisten, unter Vermittlung Cabrera's, der zufolge der jungen Königin ein Sohn des Don Carlos zum Gemahl gegeben werden soll; die Regierung hat ein wahrsames Auge auf die Umtriebe dieser Art. Man behauptet, die franz. Regierung sey diesem Ausöhnungsplan geneigt. — Die madriider Regierung hat, heißt es, der portugiesischen 20,000 Mann angeboten, um die Ghaten von 1838 gegen die Aufständischen zu vertheidigen. — Die geheimen Gesellschaften treiben ihr Wesen nach wie vor in Barcelona. — In Mahon sollen blutige Streitigkeiten zwischen den Truppen und dem Volk stattgefunden haben und Flintenschüsse gefallen seyn.

Türkei und Aegypten.

Konstantinopel, 26. Jan. Gleich am Tage seiner Landung (24.) machte der neue engl. Vorkämmerer Sir Stratford Canning Privatbesuche bei einigen seiner Kollegen. Hier soll der britische Vorkämmerer die Hoffnung geäußert haben, daß die griechische Frage, ohne besondere Schwierigkeiten zu erfahren, ein glückliches Ende erreichen werde. Doch scheint, daß Sir Stratford in Athen selbst auf eine unerwartete Opposition von Seite des griechischen Ministeriums gestoßen und es ihm erst nach vieler Mühe gelungen sey, der Frage einen festen Standpunkt zu verschaffen. Ebenso glaubt er, daß die Erzielung einer annehmlichen und ehrenvollen Stellung für den Bischof Alexander in Jerusalem nicht ausbleiben könne. Indessen scheint es, daß die Pforte in dieser Sache von einem himmelweit verschiedenen Gesichtspunkt ausgeht, als derjenige ist, auf den sich Sir Stratford gestellt zu haben scheint. Während letztere eine kirchliche Zentralgewalt für evangelische — eigentlich anglikanische — Glaubensgenossen im Orient schaffen zu können hofft, zweifelt die Pforte, ob sie überhaupt dem erwähnten Bischof auch nur die Residenz in Palästina zugestehen soll. Mit Unwillen vernahm das türkische Gouvernement daher die von dem letzten Dampfboot aus Syrien gebrachte Nachricht von der in Beyrut eben stattgehabten Landung des erwähnten Bischofs, und Stratford Canning dürfte zu seinem Ersauern mit unübersteiglichen Hindernissen zu kämpfen haben, die freilich zumeist durch die unklugen Aeußerungen der öffentlichen Organe in Europa hervorgerufen worden sind. Die Pforte erschrack über die umfassenden Projekte, die man in England und Preußen an die Einsetzung des Bischofs zu knüpfen schien. Heute hatte der britische Gesandte eine Konferenz im Departement der auswärtigen Angelegenheiten, wobei er sich darauf beschränkte, für den Bischof Anerkennung und zur Erbanung einer evangelischen Kirche in Jerusalem einen Ferman zu verlangen. Es ward demselben noch keine bestimmte Antwort zu Theil. Morgen findet die Audienz Sir Stratford's bei dem Großherrn statt, bei welcher Gelegenheit der britische Vorkämmerer seine Kreditiv überreichen wird. Ohne Zweifel wird der Vorkämmerer in der griechischen Frage glücklich auftreten; es darf nicht vergessen werden, daß die Repräsentanten der andern Mächte ihm hierin tüchtig vorgearbeitet haben. — Das Dampfboot aus Syrien brachte den Emir des Libanon als Gefangenen hieher [wie bereits in der Karlsruher Zeitung vom 19. d. M. über Marseille und Paris gemeldet worden]; El Kassim ward von seinen eigenen Landsleuten gefangen genommen und dem türkischen Kommissär Mustapha Nuri Pascha als der Urheber aller Unglücksfälle, die in der letzten Zeit das syrische Gebirg getroffen, überliefert. Der Pascha säumte nicht, ihn gefesselt nach Konstantin-

einigen sinnentstellenden Fehlern, die sich durch die Gesamtausgaben fortgeerbt haben, zu säubern: In Wilhelm Tell, Akt 3, Scene 2, heißt es: „Er aber konnte seinen andern Laut Aus seinem Munde geben.“ Dies ist unrichtig und unlogisch; in den bei des Dichters Lebzeiten erschienenen Ausgaben stand: „seinen a r m e n Laut,“ und so muß es heißen. In der Maria Stuart, Akt 2, Scene 4, fehlt der Vers: „Und Zeit ist's, daß die harte Prüfung ende.“ der in den ersten Einzelausgaben des Stückes stand und durchaus nicht fehlen darf. In derselben Maria Stuart, Akt 2, Scene 5, heißt es in allen Ausgaben: „Wer schon so früh der Tauschung Schwere Kunst Anübte, der ist würdig vor der Zeit.“ Der Dichter schrieb aber „m i n d i g“, statt des sinnlosen würdig. In Wallenstein's Lager sagt der erste Jäger nach den neuen Ausgaben: „Blut will ich und müßig gehn.“ „Alle Tage was Neues seh'n.“ Schiller schrieb, wie Sinn und Vermaß verlangen: „Blut will ich leben und müßig geh'n.“ In Wallenstein's Tod, Akt 2, Scene 2, sagt Mar Piccolomini: „Mein! wende nicht Dein Angesicht v o n mir!“ Sieht man aber den Zusammenhang an, so findet man, daß Mar den Wallenstein bittet, ihn nicht anzusehen, da seine Persönlichkeit eine so gewaltige Macht über ihn übte und er sonst wieder föhlich in seiner Gewalt seyn würde. Daher lautete auch der Vers, so lange der Dichter lebte, also:

„Mein! wende nicht Dein Angesicht zu mir!“ Von dem herrlichen Räthsel Nr. 8, dessen Auflösung der B l i g ist, geben die Ausgaben den Schlußvers so: „Und dieses Ungeheuer Hat zweimal nur gedroht — Es stirbt im eignen Feuer; Wie's tödtet, ist es todt!“ Dieses unerklärliche „nur“ in der zweiten Zeile hat zu den verschiedenartigsten Sinnesdeutungen Veranlassung gegeben; es ist aber nichts mehr als ein arger, stereotyp gewordener Druckfehler; Schiller schrieb: „Und dieses Ungeheuer Hat zweimal n i e gedroht —“ Luzern. Am 10. wurde die Leiche einer Jungfrau in der Neuf gefunden. Sie hatte um Mitternacht, im Zustande des Somnambulismus, ihr Haus verlassen und wollte eine Arbeit vollenden, welche sie sich am Abend zuvor auf den Morgen bestimmt hatte. Unversehrt an der Neuf angelangt, erwachte sie erst, als sie die Fluth verschlang. Ihr Hüftes kam zu spät. — Dieser Tage starb in den Royal News, Pimlico, 80 Jahre alt Hr. Roberts, der die Ehre hatte, vier britische Monarchen nach einander bei den vornehmsten Staatsfeierlichkeiten zu fahren. „Er war auf solche Weise,“ sagt der Sun „gewissermaßen der Leiter der Staatseisenbahn, und zwar ohne ein einzigmal umzuwerfen, was doch bei den erlauchtesten Wageninsassen mitunter der Fall gewesen. Zuletzt hatte er noch die Ehre, in großer Livree den Wagen zu fuhren, in welchem der Prinz von Wales zur Taufe geführt wurde. Da betete er: Herr, laß deinen Diener im Frieden dahinfahren.“

nopel zu schicken, wo er nach Untersuchung seiner Sache die großherrliche Genehmigung zu gewärtigen hat. Der bekannte Omer Pascha, ein Renegat, war bereits in Deir el Kammar, dem gewöhnlichen Sitz des Emirs im Libanon, angelangt, und hatte daselbst als vom Großherrn ernannter militärischer Gouverneur des Gebirgs seinen Sitz aufgeschlagen. Sie sehen, daß die Pforte mit Energie vorgeht und den Plan der Unterwerfung des ganzen syrischen Gebirgs rasch verfolgt. Dieser Plan geht dahin, eine unmittelbare Administration darzustellen einzuführen und diese auf die bereits bestehende Municipalverwaltung der Druzen und Maroniten zu bisten. Die erkauete Bevölkerung läßt ohne Widerstand alles geschehen und scheint sich gutwillig in die neue Lage zu fügen; der Friede ist demnach hergestellt; wie lang seine Dauer, wird die Zukunft zeigen. Die Ernennung des Zivilgouverneurs ist noch nicht erfolgt; aber Emir Besair, der bisherige Kandidat, scheint in Start gelegt worden, die Unterhandlung mit ihm eine türkische Finte gewesen zu seyn, damit man von den wahren Absichten der Pforte keine Ahnung bekomme. Der Streich scheint gelungen; was Franzosen und Engländer etwa darüber bemerken dürften, kommt auf jeden Fall zu spät. Freilich wird dieß entschiedene und vorgreifende Benehmen Iszet Pascha's die an die Submission der Pforte gewöhnten fremden Repräsentanten nicht wenig erbittern; schon spricht man — mit welchem Grunde ist mir unbekannt — von halb in Ausführung gebrachten Projekten, die den Sturz des Großwesiers und die Erhebung Tahir oder Chosrew Pascha's an seine Stelle bezwecken sollen. (A. J.)

Amerika.

Vereinigte Staaten. S\* London, 16. Febr. (Korresp.) Aus New York hat man neue Nachrichten, denen zufolge das Repräsentantenhaus des Kongresses in Washington die Schatzbill angenommen, den Gesetzentwurf wegen Abschaffung des Bankrotts Gesetzes aber verworfen hat. Jene [der gegenwärtigen Unionsregierung oder Tyler's Administration günstige] Annahme geschah bei Stimmengleichheit durch das bejahende Entscheidungsvotum des Sprechers [Speaker, Vorsitz], die Verwerfung aber mit der Mehrheit einer Stimme.

New York, 31. Jan. Hr. J. Quincy Adams, früher Präsident der Vereinigten Staaten, hatte im Repräsentantenhause eine Petition aus Massachusetts übergeben, worin die Auflösung der Union beantragt wird, falls der Fluch der Sklaverei in den südlichen Staaten nicht anders beseitigt werden könne. Die Uebergabe dieser Petition veranlaßte furchtbare Aufregung in der Kammer; die heftigsten Anträge auf Hochverratsanklage, auf Ausstoßung wurden gegen Hrn. Adams gestellt; die erhaltene Debatte schloß jedoch nach drei bis vierstündiger Dauer damit, daß der Antrag, die Petition auf die Tafel niederzulegen, mit 100 gegen 90 Stimmen verworfen wurde. — Im Senate ist die von der Repräsentantenkammer angenommene Bill wegen Aufhebung des Bankrotts Gesetzes mit 23 gegen 22 Stimmen durchgefallen, und das Bankrotts Gesetz tritt somit zum Besten aller Zahlungsunfähigen am 1. Febr. in Kraft. — Herr Clay hatte seine Motion wegen Abänderung der Verfassung und Beschränkung der Vollmachten des Präsidenten der Union dem Senate vorgelegt, wo er kalte Aufnahme fand und schwerlich Annahme finden wird. — Die Bank von Pennsylvania und die Scharbank, beide in Philadelphia, haben zur allgemeinen Ueberraschung fallirt. — Der Schriftsteller Dickens (Woz) erregt in New York große Aufmerksamkeit, und die Bürger erzeigen ihm alle mögliche Ehre.

Baden.

\* Karlsruhe, 20. Febr. Nachträglich theilen wir die Adresse mit, welche die Abgeordneten des grundherrlichen Adels Allerhöchsten Orts überreicht haben: Durchlauchtigster Großherzog, Gnädigster Fürst und Herr! Die hier anwesenden Abgeordneten der Grundherren zur Ständeverammlung fühlen sich glücklich, den Auftrag erhalten zu haben, Eurer Königlichen Hoheit zu dem, das gesammte Vaterland erfreuenden Ereigniß, der Verlobung Ihrer Hoheit der Prinzessin Alexandrine mit Seiner Durchlaucht dem Erbprinzen Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, die Gefühle der lebhaftesten Freude und der ungeheucheltsten Theilnahme, welche den gesammten grundherrlichen Adel des Großherzogthums erfüllen, zu Füßen zu legen. Der grundherrliche Adel, stets bereit, seine auf dem festen Pfeiler monarchischer Grundsätze beruhende Treue und Anhänglichkeit für den erhabenen Regenten und das großherzogliche Haus zu beweisen, ergreift mit Freude den Anlaß dieses glücklichen Familienereignisses, um mit den Huldigungen für die Tugenden des hohen Herrscherpaars seine aufrichtigsten Glückwünsche für das Wohl der durchlauchtesten Verlobten mit dem Ausdruck der tiefsten Ehrfurcht und der unerschütterlichsten Treue zu verbinden. Karlsruhe, am 16. Februar 1842. In tiefster Ehrfurcht ersterbend Eurer Königlichen Hoheit unterthänigst treugehorfamste Peter, Graf v. Hennin, Christian Fehr. v. Türkheim, Konstantin v. Roggenbach, Wilhelm Franz v. Kettner, Karl Fehr. v. Adler, Karl Fehr. v. Adelsheim, Rudolf Fehr. v. Berkheim, August Fehr. v. Adler.

Karlsruhe, 21 Febr. Folgendes ist das namentliche Verzeichniß der Deputirten, welche in der 45ten öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer über den Antrag des Abg. v. Zshlein abgestimmt: Da für: Vaber, Hoffmann, Biffing, Drimling, Greiff, Grether, Sistray, Helbing, Helmreich, Herb, Hoffmann, Hundt, v. Jshlein, Knapp, Kuenger, Lenz, Martin, Mördes, Mohr,

Witterungs-Beobachtungen.

Table with columns for date, barometer, temperature, humidity, wind, and other weather-related data for various dates in February.

Großherzogliches Hoftheater. Dienstag, den 22. Febr. Wegen eingetretener Hindernisse statt der angekündigten Oper »Belisar« Zurücksetzung. Lustspiel in 4 Aufzügen, von Dr. Karl Löffler.

[721.1] Mainz. (Bekanntmachung.) Die auf Dienstag, den 1. März d. J. ff. angekündigte Versteigerung der

Gräfl. Kesselstatt'schen Gemäldegalerie, Bibliothek etc. in Mainz

wird ausgefeilt und nun erst im Laufe dieses Sommers stattfinden; der Tag der Versteigerung wird in der Karlsruher Zeitung seiner Zeit angezeigt werden.



dem auch das Ganze käuflich überlassen werden kann, unter sehr annehmbaren Bedingungen, gesucht. Die hierzu Lustrognenden wollen sich in frankirten Briefen an H. Mafsenbach in Wahl wenden.

[613.1] Nr. 2067. Baden. (Präklusivbescheid.) In der Gantsache des Kronenwirts Wilhelm Dürr von hier werden alle Gläubiger, welche in heutiger Tagsfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.

So verfügt Baden, den 25. Januar 1842. Großh. bad. Bezirksamt. Bilharz. vdt. Weill.

Müller, Nägese, Peter, Posselt, Reichenbach, Rindschwender, Sauber, Scheffel, Schünzinger, Steinam, Welcker, Weller. Dagegen: Baumgärtner, Bohm, Christ, Fingado, Fün gelt, Gastroph, Goll, Graumann, Jörgen, Landfried, Lang, Leiblein, Litschig, Malzacher, Merk, Platz, Regenauer, Schaaff, Schrödel, Seramin, Trefurt, Wölcker, Waag, Wagner, Weizel, Zentner.

Karlsruhe, 18. Februar. 45te öffentliche Sitzung der zweiten Kammer. (Fortsetzung). Welcker warnt vor den Konsequenzen einer Anerkennung der Wahl, da in ihr eine Anerkennung der Theorie der Regierung liegen würde. Hier aber liege eine sonnenklare Ungültigkeit vor, eine Ungültigkeit, die nicht in verletzten Formen, sondern in verletztem Recht ihren Grund habe. Eine Rechtsverletzung aber sey das zu frühe Ausschreiben der Wahl; dieses Ausschreiben, als solches schon, sey illegal, und aus einer Illegalität könne nichts Legales, hier also keine gültige Wahl hervorgehen. Reiche eine Formverletzung schon hin, etwas für nichtig zu erklären, wie vielmehr eine Verfassungsverletzung. Man habe von der Befugniß der Regierung, Wahlkommissäre ein für allemal mit generellem Auftrag zu ernennen, gesprochen; hier aber handle sich von verfassungswidriger Ernennung eines speziellen Kommissärs. Endlich könne nicht geläugnet werden, daß Genehmigung der Wahl das Urlaubsrecht der Regierung anerkenne. Schaff findet in Beziehung des Urlaubsstreits einen Beweis, daß die Verteidiger des Majoritätsantrags in die Stärke ihrer rechtlichen Argumente eben kein großes Vertrauen setzen müßten; nicht politische Gründe aber seyen hier maßgebend, sondern lediglich aus dem positiven Recht geschöpft. Der Majoritätsbericht gebe dreierlei Gründe seines Antrags an: 1) zu frühe Ernennung des Wahlkommissärs; 2) Angabe von Gründen für Vernahme einer neuen Wahl, die die Kammer nicht gutheißen könne, ohne ihre Grundfäße aufzusperren; 3) weil im Wahlprotokoll selbst die Urlaubsverweigerung als Motiv der neuen Wahl angegeben werde. Der erste Punkt sey durch die Hrn. Regierungskommissäre und andere Redner erledigt, in Bezug auf 2 und 3 finde der Satz seine Anwendung; superflua non nocent. Auf die Motive im Ausschreiben der Wahl, auf die im Protokoll selbst angegebenen käme es nicht an; sey die Wahl selbst nun nicht für die Rechte Dritter verlegend, und sonst formell gültig, so sey es ganz gleichgültig, was für andere Motive, richtige oder unrichtige, angegeben seyen. Peters Zurücktritt vor der Wahl selbst sey das entscheidende Moment, mit ihm sey jedes gesetzliche Hinderniß einer neuen Wahl weggefallen, und damit der Kammer keine Veranlassung gelassen, gegen die Wahl einzuschreiten, möge die Regierung auch die Wahl aus ihrem Rechte oder Standpunkt für motivirt erklären. So komme ja oft auch bei den Gerichten ein Urtheil zu Stande, wozu die verschiedensten Ansichten mitgewirkt hätten, indem Einer eine Sache aus diesem, ein Anderer aus jenem Grunde für gerechtfertigt halten könnte. Baumgärtner: Selbst ohne Zurücktritt Peters würde die Regierung Veranlassung zu einer neuen Wahl gehabt haben; als die Regierung das erste Mal eine neue Wahl angeordnet, habe der Bezirk selbst sich dagegen erklärt, jetzt bitte er darum. Es frage sich, was Rechtens sey, wenn der Wahlbezirk vertreten seyn wolle? Ohne Zweifel habe er ein Recht, dies zu verlangen; indem er einen Abgeordneten wähle, setze er voraus, daß dieser in der Lage sey, dem Rufe zu folgen; finde er Hindernisse, wie z. B. die Urlaubsverweigerung, so sey nichts zu erinnern, wenn der Wahlbezirk sich dabei beruhige; beharre aber derselbe auf dem Erscheinen seines Deputirten in der Kammer, so sey es an diesem, die Hindernisse entweder wegzuräumen, d. h. aus dem Staatsdienst zu treten, oder zu resigniren. Die Regierung habe, nach seiner Meinung, das Recht gehabt, dem Wunsche des Wahlbezirks Folge zu geben, der Kammer stehe die Entscheidung über die Wahl zu. Da inzwischen Peter noch vor der Wahl resignirt habe, so sey die Wahl auch in dieser Hinsicht nicht zu beanstanden. (Schluß folgt)

Neueste Nachrichten.

\* London, 17. Febr. Die Verhandlungen über Lord J. Russell's Motion gegen den ministeriellen Krongesetzplan endigte sich in der gestrigen Unterhandlung mit einer triumphirenden Mehrheit für das Cabinet; es ergaben sich nämlich für Lord J. Russell's Motion 226 Stimmen, für die Minister (d. h. für den Peel'schen Gesetzentwurf) 349. Die Verfündigung dieses Ausganges der so wichtigen Debatte wurde mit lautem Jubel von den minist. Bänken begrüßt. Die Hauptredner in der gestrigen Sitzung waren noch Sir Robert Peel und Palmerston gewesen, welsch Letzterer namentlich gegen den Schluß seines Vortrags hin ungemein bedrückt sprach und deshalb von seiner Partei mit wiederholten Beifallsbezeugungen aufgenommen wurde. — Heute war keine Unterhandlung, und die Oberhandlung nur kurz und ohne allgemeines Interesse.

St Paris, 19. Februar. (Korresp.) Durch außerordentliche Gelegenheit wird uns die Kunde, daß am 10. in Lissabon, auf die von der Municipalität selbst geäußerte Bitte, in Folge einer in der Hauptstadt ausgebrochenen Bewegung, die Charta Don Pedro's ausgerufen worden ist. Die Königin hat dem Wunsche der Municipalität gewillfahrt. Der Herzog v. Terceira ist zum Kriegsminister und Rathspräsidenten ernannt worden. Diese wichtige Nachricht ist am 11. Morgens in Madrid angelangt. Bei dieser Gelegenheit erklärt das spanische Volk »el Patriota«, daß die Regierung des Regenten auf jedes Ereigniß gefaßt und vorbereitet sey und hofft, daß zwischen Spanien und Portugal die friedlichen Beziehungen keine Störung erleiden werden.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von G. Maflo.

[725.1] Karlsruhe. (Warnung.) Die Lotterielose vom großh. bad. Anlehen von 1840, unter Nr. 90,962, 91,565 und 92,172, sind dem Eigenthümer abhanden gekommen, daher vor dem Anlaufe derselben vorläufig gewarnt wird.

Verichtigung. In der Anzeige Nr. 701 der großh. Amortisationskasse in der gestrigen Karlsruher Zeitung steht aus Versehen II. Gewinnziehung statt II. Serienziehung.

Fruchtpreise. Durlach, 19. Jan. Auf dem heutigen Fruchtmarkt wurden eingeführt 1017 Mtr., davon sind verkauft worden 971 Mtr. Aufgestellt blieben 46 Mtr. Der Durchschnittspreis betrug: vom alten Kernen: 14 fl. 10 kr.; vom neuen Kernen: 13 fl. 12 kr.; vom Weizen 13 fl. — kr.; vom Korn 6 fl. 12 kr.; Gerste: 5 fl. — kr.; vom Hafer: 3 fl. 5 kr.; vom Weizen: 6 fl. 40 kr. der Malter.

Staatspapiere. Paris, 19. Febr. 3proz. konsol. 80. 35. 4proz. konsol. —. 5proz. konsol. 119. 40. Bankaktien 3385. —. Kanalaktien 1257. 50. St. Germaineseisenbahnaktien 845. 20. Versailler Eisenbahnaktien, rechtes Ufer: 357. 50. linkes Ufer, 220. —. Orleans Eisenbahnaktien 566. 25. Straßburg-Eisenbahnaktien. 247. 50. Belg. 3proz. Anleihe 105. römische do. 104 1/2. Span. Akt. 25 1/2. Pass. 5 1/2. Neap. 106. 25.

London, 17. Febr. 1 U. Nachm. Konsols 89 1/4. Evan. Fonds, aktiv 24 1/2, passiv 5 1/4, aufgeschob. Schuld 12 1/2. Portugies. 3proz. 32 1/2. 3proz. 19 1/2. Belg. —. Holl. 5proz. Anl. 102 1/2. 2 1/2proz. 52 1/4. Dan. 82. Russ. —. Neue holl. Anl. —.